

Herrn Minister
Dr. Peter Ramsauer, MdB
Herrn Staatssekretär
Prof. Klaus-Dieter Scheurle
Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44

10115 Berlin

8. Februar 2010

Offener Brief zum Erlass des Planfeststellungsbeschlusses Weil-Haltingen

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrter Herr Staatssekretär,

für die Trassenführung und -ausführung beim viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn trägt nicht die Bahn in erster Linie Verantwortung, sondern die Politik. Die politischen Entscheidungsträger für dieses Jahrhundertprojekt, vornehmlich Sie, sind in dieser zentralen Frage ihrer Verantwortung bisher nicht gerecht geworden. Das Land würde 50 Prozent der Mehrkosten für die Alternativplanung BADEN 21 bestreiten, der Bund allerdings dürfe die andere Hälfte nicht übernehmen. Aus rechtlichen Gründen, wie Sie verlauten ließen. Den Bürgern ist das nicht zu vermitteln.

Die Bahnpläne sind völlig veraltet

Es sollte Ihnen bewusst sein, dass die vorliegende DB-Planung 20 Jahre alt ist. Was hat sich in dieser Zeitspanne nicht alles verändert! Was als Verbesserung des Personenverkehrs begann, hat sich nach dem Vertrag von Lugano zu einem massiven Ausbau des Schienengüterverkehrs gewandelt. An der Planung aber hat sich nichts verändert. Als Beispiel: Die Berechnung des Schallschutzes für ein Prognosejahr 2015 ist blanker Unfug. Das blieb im Bundesverkehrsministerium unbemerkt. Würden Sie ein Haus bauen, dessen Plan bereits über 20 Jahre in der Schublade liegt und den heutigen Ansprüchen auch nicht mehr annähernd entspricht? Sie haben jetzt die Gelegenheit, mit dem Schwung Ihres neuen Amtes das Vertrauen in eine vernünftige Planung von der Deutschen Bahn AG auf die Fachleute am Südlichen Oberrhein zu übertragen.

Die Verfahrensregeln des Projektbeirats wurden außer Kraft gesetzt

Mit dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses, der die Realisierung der menschenverachtenden Planung des Bahnkonzerns für den Aus-



www.mut-im-netz.de



www.igel-breisgau.de



www.bi-bahn.de



www.bi-bahnlaerm.de



www.abatra.de



www.bi-bahntrasse.de



www.bilb-weil.de

bau der Rheintalbahn im Streckenabschnitt Weil-Haltingen gegen die legitimen Rechte der Bahnanlieger ermöglichen soll, sind Sie hauptverantwortlich dafür, dass der Projektbeirat Rheintalbahn gegen seine eigene Verfahrensvereinbarung verstoßen hat. Damit sollen offensichtlich möglichst schnell Fakten geschaffen werden, die den Dialog weiter erschweren. Mit Ihrem Verstecken hinter juristischen Positionen haben Sie zur Durchsetzung der Interessen des Bahnkonzerns jede politische Einflussnahme verweigert. Damit verbunden ist ein verheerender Vertrauensverlust der Region am südlichen Oberrhein in die Handlungswilligkeit Ihres Hauses, mit den hier lebenden Menschen zu einem Konsens über eine akzeptable Ausführung der Baumaßnahme zu kommen.

Entscheidungen zur Schieneninfrastruktur sind der Primat der Politik

Im Vorfeld der 3. Sitzung des Projektbeirats fand am 25. Januar 2010 in Berlin ein Gipfeltreffen statt, an dem Ministerpräsident Günther H. Oettinger, Finanzminister Willi Stächele, Bundesverkehrsstaatssekretär Klaus-Dieter Scheurle und DB AG-Vorstandschef Rüdiger Grube teilnahmen. Dabei ging es vornehmlich darum, der „Haltinger Lösung“ im Projektbeirat doch noch eine Chance auf Verwirklichung zu eröffnen. Die Chance für diese konstruktive Lösung wurde allerdings durch kleinliche Detailerörterungen und das scheinheilige Argument des Zeitdrucks seitens des Bahnchefs vertan, der „Gipfel“ also zum Scheitern gebracht. Da stellt sich doch die Frage nach der Ernsthaftigkeit des politischen Willens, den Anwohnern an der Bahnstrecke in ihren Grundrechten auf körperliche Unversehrtheit und Eigentum beizustehen. Man kann es kaum glauben: Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG maßt sich an, über etwas zu entscheiden, was er nicht entscheiden kann. Die Deutsche Bahn AG in Gestalt der DB Netze ist eine Dienstleisterin und kein Financier. Sie hat keine Forderungen zu stellen, denn sie wird bezüglich des Streckenneu- und Ausbaus zu 100% vom Steuerzahler alimentiert. Was zu geschehen hat, bestimmen nicht Techniker und Juristen, sondern die Politik! Also Sie, meine Herren! Dass Sie sich hinter dem Bahnchef verstecken, ist nicht akzeptabel!

Der politische Glaubwürdigkeitstest wurde nicht bestanden

Für die IG BOHR war die Behandlung der „Haltinger Lösung“ ein Test auf Ernsthaftigkeit, Glaub- und Vertrauenswürdigkeit der politischen Bemühungen, eine der wichtigsten Schienenstrecken Europas mit tiefen und nachhaltigen Eingriffen in die Struktur einer der attraktivsten Landschaften Baden-Württembergs menschenverträglich, umweltgerecht und zukunftstauglich zu gestalten. Die politischen Entscheidungsträger, insbesondere die des Bundes mit Flankierung durch die Bahn, haben diesen Test nicht bestanden. Die Dialogfähigkeit der Bürgerinitiativen der IG BOHR, ihre Geduld und Kompromissfähigkeit sind damit in Frage gestellt. Soll nicht der letzte Rest davon verloren gehen, muss es für die anderen Streckenabschnitte deutlich andere Ergebnisse geben.

Haushaltsrecht gegen menschenverträgliche Planung?

Bisher haben sich die Bürgerinitiativen in der Auseinandersetzung um eine für die Menschen akzeptable Trassenausführung stets gesprächsbereit und konstruktiv gezeigt. Sie haben sich ernsthaft mit der DB-Planung auseinandergesetzt und sie mit über 170.000 Einwendungen als inakzeptabel verworfen. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen haben sie erhebliche Summen aufgebracht, Alternativen zu einer indiskutablen Planung aufzuzeigen, die von den DB-Planern als

technisch und betrieblich machbar und von der Anhörungsbehörde als grundsätzlich genehmigungsfähig anerkannt wurden. Ihrer Verwirklichung steht also nichts im Wege. Der Hinweis auf die Illegalität der sog. Mehrkosten des Qualitätsgewinns ist fadenscheinig, wenn das Festhalten an längst überkommenen Bahnprivilegien diese Mehrkosten geradezu provoziert. Die Mehrkosten dann mit dem Hinweis zu brandmarken, sie seien „mit dem Haushaltrecht nicht vereinbar“ ist dreist und ein Zeichen für die Unwilligkeit der politischen Entscheidungsträger, Fakten anzuerkennen, die die wahren Kosten der Ausbaumaßnahme zutage fördern. Zur Finanzierung dieser Kosten liegt kein Akutzwang vor, da sie sich auf viele Jahre verteilen. Durch Verbesserungen am rollenden Material lassen sie sich aber nicht reduzieren, denn damit ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Dass eine bei Wegfall des Schienenbonus erforderliche Umplanung Zeit und Geld kostet, liegt auf der Hand. Eine inakzeptable Planung gegen den erklärten Willen der Region durchsetzen zu wollen, kostet noch weit mehr Zeit und Geld.

Politik muss sich gemäß Koalitionsvertrag selbst beim Wort nehmen

Es ist den Menschen nicht zu vermitteln, dass ein Privileg, das in dieser Legislaturperiode abgeschafft werden soll, die Basis einer Planung ist, die erst in einigen Jahren zu Ausführung kommt, wenn das Privileg wegen Unhaltbarkeit schon nicht mehr gilt und dann dennoch für mindestens 100 Jahre in einem menschenfeindlichen Ausbau zementiert wird. Hier werden schon heute die Voraussetzungen für Sanierungsfälle geschaffen, die in einigen Jahren mit immensen Mehrkosten korrigiert werden müssen.

Die Regierungsparteien sollen sich mit ernstem Blick auf ihre Glaubwürdigkeit endlich selbst beim Wort nehmen und unverzüglich das vollziehen, was sie in ihrem Koalitionsvertrag ankündigen, nämlich die Abschaffung des Schienenbonus sowie die überfälligen Maßnahmen zur Refinanzierung der Schieneninfrastrukturkosten. Die schrittweise Reduzierung des Schienenbonus kann sofort damit beginnen, dass er ohne Präjudiz unverzüglich für den Neu- und Ausbau von Haupteisenbahnstrecken im Sinne der EU-Umgebungslärmrichtlinie ausgesetzt wird. Mehr als 100.000 laute und marode Güterzüge pro Jahr auf der ausgebauten Rheintalbahn sind Grund genug dafür!

Ihr Haus trägt auch Verantwortung für die Stadtentwicklung

Neben dem Lärm bereitet der Zustand des rollenden Materials erhebliche Sorgen. Das Risiko von Gefahrgutunfällen von Güterzügen mit veralteter Technik und in einem miserablen Wartungszustand hat sich drastisch erhöht. Wer weiß das besser als das Eisenbahnbundesamt? Wer mit Güterzügen hochbelastete Bahntrassen mit wenigen Metern Abstand oder gar mitten durch Wohngebiete bauen lässt, gefährdet durch unkalkulierbare Risiken vorsätzlich Leib und Leben der hier wohnenden Menschen. Deshalb verbieten sich offene Güterzugtrassen durch die Wohnbebauung von selbst.

Unter diesem Aspekt bekommt auch der Slogan „Güter gehören auf die Bahn“ einen schalen Beigeschmack. Der davon betroffene Bürger fragt sich mit Recht, warum Güter auf die Bahn sollen, wenn die Güterzüge dann mitten durch unsere Wohngebiete rattern, gerade auch nachts und an den Wochenenden, anstatt per Lkw auf der Autobahn weit außen um Städte und Ortschaften herum transportiert zu werden, wo wenigstens Nacht- und Wochenendfahrverbote den Menschen ihre verdiente

Ruhe ermöglichen. Mit ihrer unsensiblen Planung ist die Bahn dabei, ihren Ruf als umweltfreundliches Transportmittel restlos zu zerstören.

Die gedeckelte Tieflage in Weil-Haltingen hat den Schutz vor Gefahrgut und Lärm in geradezu idealer Weise berücksichtigt, dazu die optimale Einbindung in das Stadtbild – alles Pluspunkte, die Ihr Haus, das auch für Stadtentwicklung zuständig ist, sehr wohl hätte würdigen müssen. Auch diesbezüglich wurde eine große Chance vertan, da Sie vor der Blockadehaltung der Bahn kapituliert haben.

Es hängt von Ihnen ab, ob Bürgerinitiativen weiterhin konstruktiv mitarbeiten

Mit Rücksicht auf große Teile einer „DB-positiven“ Weiler Bevölkerung hielten und halten sich die Bürgerinitiativen mit drastischen Aktionen gegen eine unausgeglichene und rücksichtslose Neu- und Ausbauplanung der RheintalBahn im Raum Weil-Haltingen vorläufig zurück. Diese Situation ist an den anderen Streckenabschnitten so nicht gegeben. Was im Streckenabschnitt Weil-Haltingen geschehen ist, kann und darf sich daher nicht wiederholen! Sollten Bund und Bahn nochmals versuchen, die Region hinter das Licht zu führen, wird das ernsthafte Konsequenzen haben. Das soll keine Drohung, wohl aber eine sehr ernste Warnung sein. Eine kleine Auswahl aktueller Leserbriefe mag die Stimmungslage der betroffenen Menschen unterstreichen (Anlage). Bisher konnten die Bürgerinitiativen den Widerstand kanalisieren und in geordneten Bahnen halten. Durch Entscheidungen, die Rücksichtslosigkeit legalisieren und zementieren, provozieren Bund und Bahn die Radikalisierung der Bevölkerung, die von ihren Volksvertretern im Stich gelassen wird. Die Vorstände der Bürgerinitiativen sind nicht weiter bereit, die Verantwortung für das zu übernehmen, was kommen wird.

Das Akzeptanzproblem kann von Ihnen gelöst werden

Sehr geehrter Herr Minister, in Ihrem Interview mit der Süddeutschen Zeitung vom 24.12.2009 haben Sie die „intensiven Widerstände“ gegen den Bau von Schienenstrecken beklagt. Das ist zu differenzieren, denn die gibt es nur, wenn menschenverachtend geplant wird, wie das die DB AG mit dem Segen Ihres Hauses am südlichen Oberrhein tut. Weiter führen Sie aus, dass „uns dieses Akzeptanzproblem langfristig mehr Schwierigkeiten bereiten wird als alle Finanznöte“: Im Prinzip korrekt, aber die Schwierigkeiten werden sich schon kurzfristig ergeben. Daraus ziehen Sie den richtigen Schluss: „Wir müssen aus Betroffenen Beteiligte machen. Wenn man die Menschen vor Ort an einen Tisch holt, erspart man sich Unmut, Prozesse und letztlich auch Kosten“. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Jetzt müssen Ihren Worten nur noch die passenden Taten folgen.

Anlage

Auswahl Leserbrief

FORUM

SAMSTAG, 6. FEBRUAR 2010

Badische Zeitung S. 28

GEPLANTER AUSBAU DER RHEINTALSTRECKE

Bahn und Bund haben ihre Masken fallen lassen

Zur „Region wirft der Bahn Tauschung vor“, Beitrag von Franz Schmider und Stefan Hupka (Land und Region, 29. Januar):

Es ist empörend, wie die Deutsche Bahn und Hand in Hand mit ihr Bundesverkehrsminister Ramsauer in der Planung der neuen Rheintalbahnhofstrasse den Projektbeirat, den Willen der Bürger, die Regierungsvertreter aus Baden-Württemberg und alle regionalen Vertreter missachten und lächerlich machen. Die konstruktiven und mit großen Opfern an Geld, Zeit und Kraft erbrachten Leistungen zur Schaffung der Natur und Menschen schonenden Lösung Baden 21 wurden im Abschnitt 9.2 kaltherzig geschrot-

et. Der so hoch bewertete Projektbeitrag wurde durch die Spitzen von Bahn und Bund, bevor er seine Arbeit richtig begonnen hatte, ad absurdum geführt. Bahn und Bund haben die Maske fallen lassen und ein hässliches Gesicht gezeigt. Offensichtlich hatte IGEL-Sprecher Adalbert Häge bei der Demo am 14. November in Freiburg doch Recht, als er das Kürzel „DB“ sehr zum Ärger der Bahn mit „die Betrüger“ übersetzte. Das Verhalten von Bund und Bahn ist bestens geeignet, Politikverdrossenheit weiter zu fördern, und es passt in das Verhalten diktatorischer Regierungen, die weltweit im Kreuzfeuer der Kritik stehen. China und Iran lassen grüßen.

Dr. Martin Schieber, Freiburg

Wer weiß, welchen Geist sie aus der Flasche ließen?

Sowohl die Bahn als auch die ihre Interessen beim Bund vertretenden Herren scheinen nicht zu wissen, welchen Geist sie mit ihrem abkanzelnden Verhalten gegenüber den Bürgervertretern aus der Flasche lassen. Ein solches ignorantes Verhalten (wir fühlen uns ja genauso schlecht behandelt wie Bahnkunden!) mobilisiert die Bevölkerung noch weiter. Die Unternehmen und die Vertreter des Bundes sind für die Bevölkerung da und nicht andersherum! Die Bahn legt es darauf an, mit dem Volldampf ihrer Ignoranz in die Masse der Bevölkerung zu fahren

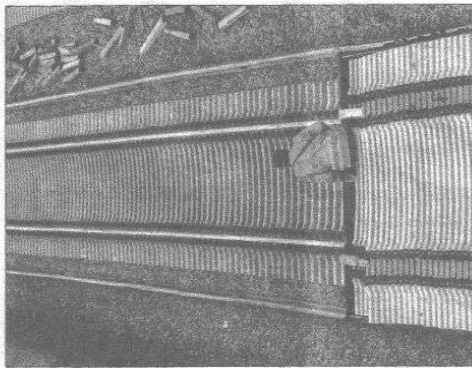
und harte juristische Auseinandersetzungen, ein Aufstand des Volkes und das Ende des verfassungswidrigen Schienenbohus werden das Ergebnis sein. Deutschland- oder vielleicht sogar europaweit wird das ein Beispiel werden, wie sich das Volk gegen Wirtschaftsinteressen von Unternehmen mit staatlicher Protektion zur Wehr setzt und ernst macht mit dem oft beschworenen Europa der Regionen! Zieht Euch warm an von der Bahn, nicht nur wegen Eurer veralteten Technik, und sucht schon mal den Rückwärtsgang!

Christoph Gühner, Rechtsanwalt, Freiburg

Jetzt hilft nur der Zug durch die Instanzen

Die Berichterstattung bestätigt alle Befürchtungen, dass gegen die Betonköpfe im Bundesverkehrsministerium und bei der Deutschen Bahn am Ende nur der Zug durch alle juristischen Instanzen und aktiver bürgerlicher Ungehorsam gegen den Bau der Wahnstrasse helfen werden. Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, was ihnen besorgte Bürger beibringen versuchen: Die in vielerlei Hinsicht fehlerhafte und gesetzeswidrige Antragsstrasse der DB AG mag zwar wirtschaftlich für die Bahn sein. Aber für die betroffenen Menschen ist sie extrem unwirtschaftlich. Die Summe der den Anliegern aufgebürdeten Lasten ist nicht mehr durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums nach Art. 14 Grundgesetz gedeckt.

Wolfgang Heins, Bad Krozingen



Der Streit um die Rheintalstrecke ist noch lange nicht zu Ende. FOTO: DPA

Ich hätte den Haltlingern etwas anderes gegönnt

Als einer der „geprügelten Hunde“ in Eimeldingen habe ich nichts anderes erwartet, obwohl ich den Haltlingern und Weltlern etwas anderes gegönnt hätte. Die – wie die BZ schreibt – kalte demokratische Planung der Bahn – ist vor allem aus zwei Gründen nicht nachzuvollziehen: Das Bauwerk ist ein Jahrhundertwerk, unter dem mit dem geplanten bzw. bereits realisierten Ausbaustandard noch viele Generationen zu leiden haben. Süd-

baden hat als Transitbereich bereits große verkehrsmäßige Belastungen zu ertragen. Es ist davon abzuraten, den Gerichtsweg zu beschreiten, denn der kostet nur noch Geld und bringt nichts. Vielleicht hätten sich unsere Nachbarn bei der damaligen Verhandlung der Eimeldinger vor dem Verwaltungsgericht in Bad Bellingen informieren sollen. Dann hätten sie erfahren, wie politikhörig die Richter in unserem Land sind. **Eduard Krause, Eimeldingen**

CC.

Herrn Minister
Dr. Wolfgang Schäuble, MdB
Bundesministerium für Finanzen
Waltersweier Weg 5b
77652 Offenburg

Herrn Ministerpräsident
des Landes Baden-Württemberg
Stefan Mappus, MdL
Staatsministerium
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Herrn Minister
Heribert Rech, MdL
Innenministerium des Landes
Baden-Württemberg
Dorotheenstr. 6
70173 Stuttgart

Herrn Minister
Willi Stächele, MdL
Finanzministerium des Landes
Baden-Württemberg
Gaisbacher Str. 19
77704 Oberkirch

Herrn Dr. Rüdiger Grube
Vorstandsvorsitzender der
Deutschen Bahn AG
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

Fraktionsvorsitzende der Parteien im Deutschen Bundestag

Faktionsvorsitzende der Parteien im Landtag Baden-Württemberg

Vorsitzende der Landesgruppen Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag

Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestags

Mitglieder des Projektbeirats Rheintalbahn

Oberbürgermeister Südbaden

Bürgermeister Südbaden

Regionale und überregionale Print-, Funk- und Bildmedien